

Datum: **26.10.17**
 Telefon: 0 233-30782
 Telefax: 0 233-67968

**Personal- und
 Organisationsreferat**
 Organisation
 POR-P3.23

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Kommunale Servicestelle Übergangsmanagement“
 (Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 10216)

Bildungsausschuss am 29.11.2017
 Vollversammlung am 13.12.2017

An das Referat für Bildung und Sport

Die im Betreff genannte Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 20.10.2017 zur Stellungnahme bis 27.10.2017 zugeleitet.

Es handelt sich um eine Beschlussvorlage ohne Ausweitung des Personaletats, da der geltend gemachte Kapazitätsbedarf im Rahmen einer Stellenkompensation (Einzug der Planstelle Nr. B106349/ BesGr. A 15) finanziert wird.

1. Aufgabe

Die erfolgreiche Bewerbung der Landeshauptstadt München, um die Teilnahme am Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ bedingte die Etablierung der durch Bundesmittel finanzierten Teilprojekte, zu denen im Teilprojekt 7 die Kommunale Servicestelle Übergangsmanagement (KSÜ) zählt.

Mit der Position sind die Kernaufgaben der Kommunalen Servicestelle Übergangsmanagement (KSÜ) verbunden (vgl. Seite 3 der Beschlussvorlage).

Es handelt sich um eine freiwillige Aufgabe.

Diese Aufgaben wurden im Referat für Bildung und Sport bisher von der Planstelle Nr. B106349 (1,0 VZÄ) an der Städt. Berufsfachschule für Kinderpflege übernommen. Die v. g. Planstelle dient als Kompensation. Für die KSÜ gab es in der Stabsstelle Kommunales Bildungsmanagement bislang nach Darstellung des Referates für Bildung und Sport keine eigene Planstelle. Bisher erfolgte die stellenplantechnische Zuordnung über die Abordnung der auf der o. g. Planstelle eingesetzten Dienstkraft. Aufgrund eines Personalwechsels ist eine Abordnung nicht mehr möglich.

Die mit der neu zu schaffenden Stelle verbundenen Aufgaben im Bereich des übergreifenden strategischen Aufgabenspektrums grenzen sich nach Darstellung des Referates für Bildung und Sport von den anderen operativ besetzten Bereichen im Übergangsmanagement ab.

2. Beurteilung des geltend gemachten Bedarfs

Zu den in der Beschlussvorlage dargestellten Kapazitätsbedarf wird wie folgt Stellung genommen:

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt (Stellenkompensation) der künftig geltend gemachten Stellenkapazität der Beschlussvorlage zu.

Das Erreichen der Ziele der mit der Stelle verbundenen Aufgaben sollte jedoch überprüft werden. Der Beschluss unterliegt insoweit der Beschlussvollzugskontrolle.

Die Ausführungen zur Bewertung der neu einzurichtenden Stelle stehen unter Vorbehalt der abschließenden Prüfung durch das Personal- und Organisationsreferat.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.



Dr. Dietrich